

„Wir haben Angst um unsere Kinder“

SPIEGEL-Report über die Umweltverschmutzung in der DDR (III)/Von Peter Wensierski

Die Anglerin merkte gleich, daß sie mit ihrem geruhsamen Freizeitsport heute wenig Spaß haben würde. Die Ilm, deren Oberlauf sonst leidlich klar daherplätschert, war weiß getrübt.

Während die Frau noch über die merkwürdige Verfärbung des Wassers nachgrübelte, kamen auch schon die ersten toten Fische herbeigetrieben. Sie schlug Alarm, doch zu spät: Binnen kurzem, so stellte sich nach ersten Untersuchungen heraus, war der Fischbe-

stand zwischen Tannroda und Mellingen vernichtet worden.

Flußabwärts an der Ilm, die sich durch romantische Orte wie Bad Berka, Weimar und Bad Sulza schlängelt, hatten die Werkstätten einer Forellenanlage zwar schnell die Zuläufe gesperrt. Dennoch starben dort an diesem Nachmittag 100 000 Forellensetzlinge, gut 20 Tonnen Speisefisch gingen damit verloren. Dabei hatten die Züchter noch Glück im Unglück: Drei Tage zuvor waren gerade 22

Tonnen gemästete Forellen aus den Becken genommen und an die Kunden ausgeliefert worden.

Schuld an dem Fischtod voriges Jahr war der „VEB Zellstoff- und Papierfabrik Trebsen“. Zwar stritt die Betriebsleitung zunächst ab, die Ilm vergiftet zu haben. Doch chemische Analysen, angeordnet von der Staatlichen Gewässeraufsicht, überführten das Werk in Tannroda: Dort war am Tag des Forellensterbens eine Lieferung neuartigen Leims eingetroffen. Beim Umfüllen passierte das Malheur, die Chemikalie geriet ins betriebliche Abwassersystem. Von da wurde sie, weil ein Klärwerk fehlt, automatisch in die Ilm gepumpt.

Die Arbeiter waren nicht ausreichend über mögliche Gefahren informiert, Verhaltensregeln für den Schadensfall existierten nicht. Der Hersteller „VEB Harzleim Dresden“ hatte zudem sein neues Chemieprodukt ausgeliefert, ohne die gesetzlich vorgeschriebenen Angaben über Wasserschädlichkeit mitzuliefern – typisch für den in der DDR herrschenden Mangel an Wissen über Umweltgefahren.

Abwässer verseuchen regelmäßig idyllisch-ländliche Flüsse und Bäche, die eigentlich noch halbwegs sauber sind. So verendeten jedes Jahr im Herbst, zur Zeit der Zuckerrübenenernte, die Fische in der Datze und im Großen Landgraben (Bezirk Neubrandenburg).

Als Schuldiger entlarvt wurde der „VEB Zuckerfabrik Friedland“. Die Süßstoff-Hersteller bauten schließlich ein neues Aufhaltebecken und sanierten die Klärteiche. Die Werksleitung brüstete sich mit den Umweltschutz-Investitionen, doch wieder starben kurz darauf zwei Tonnen Schleie, Barsche und Plötze. Des Rätsels Lösung: Zwar war ein Schieber zur Rückhaltung der Abwässer geplant und bezahlt, aber nicht installiert worden.

Nahezu täglich verenden Fische in den DDR-Gewässern zwischen Zwickauer Mulde und Schweriner See. Schon die Setzlinge sterben, mehr als die Hälfte durch industrielle Wasserverschmutzung. Die Landwirtschaft mit ihrer Düngerverschwendung gibt den Karpfen und Hechten, Brassen und Neunaugen den Rest: Die Stickstoff- und Phosphorbelastung der Gewässer ist zwischen 1970 und 1980 um das Fünf- bis Zehnfache gestiegen.

Die wenigen Fische, die sich im Ober- und Mittellauf der Elbe noch tummeln, sind ungenießbar. Ein Mitarbeiter der Oberflußmeisterei Dresden: „Abgesehen davon, daß sie bei der Zubereitung genauso unangenehm riechen würden wie die Elbe selbst, sind in ihnen auch



Verschmutzte Saale in Halle: Vertrauen auf die Selbstreinigungskraft

Stoffe konzentriert, die sie zum Verzehr ungeeignet machen.“

Die Binnenfischerei, so das zuständige Institut in Ost-Berlin, verliert allein wegen der rapide fortschreitenden Vergiftung durch Abwässer jedes Jahr drei bis fünf Millionen Mark. In Flüssen wie der Unstrut oder Pleiße ist schon lange jedes Leben erloschen. Von den in der DDR

nachgewiesenen Fischarten sind sieben ausgestorben, 26 weitere stark gefährdet.

Zwar wurden die Bußgelder für Wasservergifter erhöht, die Wasserpreise je nach Sparsamkeit des Verbrauchers oder dem Grad der Verschmutzung gestaffelt. Doch die staatliche Gewässeraufsicht zählt jedes Jahr mehrere tausend Verstöße

Be der Industriebetriebe gegen gesetzliche Regeln. Die DDR-Gesellschaft bringt sich nicht nur um den Fisch, sondern auch ums Trinkwasser.

Dessen Gewinnung wird immer aufwendiger und teurer. Von den 2500 Kilometern Wasserläufen im Erfurter Bezirk haben, nach den letzten DDR-Angaben, nur noch 70 Kilometer die Güteklasse 1 (sauber), aber 2100 Kilometer die Klasse 4 (keine Nutzung mehr möglich). Im Rostocker Bezirk ist nur noch ein einziger von 1200 Kilometern einwandfrei. Wasser der Güteklasse 4 aufzubereiten kostet acht mal mehr, als Wasser der Klasse 1 zu verwerten.

Die Elbe etwa ist zwischen ČSSR-Grenze und Pirna nur „mäßig verunreinigt“. Danach setzen ihr Fabriken wie der „VEB Chemiewerk Nünchritz“ bei Riesa oder das Kunstseidenwerk Pirna zu. Bei Dresden, das bis 1992 eine moderne Kläranlage bauen will, ist Klasse 4 erreicht: Ammoniumverbindungen, Schwermetalle und chlorierte Kohlenwasserstoffe sind die schlimmsten Schadstoffe in der Elbe. Bei Magdeburg, so eine Weisung der Abteilung Inneres des Rates der Stadt, darf dem Strom nur noch im Katastrophenfall Trinkwasser entnommen werden.

Die Hauptverschmutzer der DDR-Gewässer sind zwar Industrie und Landwirtschaft. Doch auch die Haushalte steuern Dreck in Mengen bei, eine verhängnisvolle Kette: Lediglich drei Viertel sind an die Kanalisation angeschlossen; nur etwas mehr als die Hälfte der Abwasserkanäle mündet in Kläranlagen; die wiederum verfügen nur selten über mehrere biologische und chemische Klärstufen.

Den leichtfertigen Umgang mit dem Rohstoff H_2O kann sich gerade die DDR nicht leisten: Sie ist ein besonders wasserarmes Land. Die Ost-Deutschen verbrauchen derzeit jährlich 15 Milliarden Kubikmeter Wasser – etwa genausoviel, wie überhaupt zur Verfügung stehen. Allein die Industrie benötigt davon 75 Prozent.

Wird das Wasser knapp, stehen alle Räder in den Betrieben still; deshalb genießen sie bei der Versorgung absoluten Vor-

Wird das Wasser knapp, stehen alle Räder in den Betrieben still; deshalb genießen sie bei der Versorgung absoluten Vor-

* Oben: Abflußgraben des Gaskombinats Schwarze Pumpe im Bezirk Cottbus; unten: bei Dresden; rechts: im Erzgebirge.



Mülldeponie bei Schwedt: „Emissionen müssen einkalkuliert werden“



Abwasserkontrolle (o.), Fischsterben, wilde Müllkippe*: Hin und wieder Stichproben



Badebetrieb bei Frankfurt/Oder*: „Die Verunreinigung des Grundwassers ist nicht mehr eliminierbar“

rang. Meist entnehmen sie das Naß, sofern es noch halbwegs brauchbar ist, den Flüssen und leiten es nach der Nutzung wieder hinein.

Die Abwässer dürfen bestimmte Grenzwerte, die vom Werk mit den Behörden ausgehandelt werden, nicht überschreiten, sonst ist eine Buße fällig. Doch dieses „Abwassergeld“ planen die VEBs oft von vornherein in die Betriebsausgaben ein nach dem Motto: Strafe zahlen ist billiger als in den Umwelt-schutz investieren.

Dabei geraten die Industriebetriebe gelegentlich untereinander in Streit. Die Leuna-Werke, die allerlei Chemikalien herstellen, leiten stündlich 30 000 bis 40 000 Kubikmeter Saale-Wasser durch ihre Röhren.

Das phenolbelastete Dreckwasser wird stromabwärts auch von den Chemie-Werken Buna in Schkoppau genutzt. Jedesmal wenn tote Fische die Saale herunterschwammen, protestierten die Buna-Chemiker bei den Kollegen in Leuna und lösten Alarm aus.

Sie erzielten einen Teilerfolg: Leuna installierte eine bessere Anlage zur Reinigung der Abwässer – nicht aus Sorge um die Umwelt, sondern damit die Be-

triebe stromabwärts nicht in ihrer Planerfüllung behindert werden.

Nach Schkoppau wird die Saale nämlich noch bis zu zehnmals hintereinander von Fabriken zu den unterschiedlichsten Zwecken hin- und hergepumpt – der Fluß wird nicht nur vergiftet, sondern auch aufgeheizt. Nicht einmal im strengen Winter 1984/85 froh die Saale zu: Ihr Wasser war stellenweise bis zu 20 Grad warm.

Zwar sollen Umweltbeauftragte in den Betrieben solche extreme Belastung verhindern helfen. Aber die rechnen meist

9000 Seen und Teiche liegen im Sterben

nur aus, wieviel Schmutzlast die Flüsse noch vertragen können, und vertrauen im übrigen auf die natürliche Selbstreinigungskraft der Gewässer.

Doch in den Industrieregionen der DDR fließen keine natürlichen Gewässer mehr: Weiße und Schwarze Elster, Nesse, Helme, Rauda, Weida, Luppe sind nur noch stinkende Abwasserkanäle. Einige, wie die Pleiße und ihre Zuflüsse Wyhra, Eula und Gösel, wurden, zwecks bequemerer Nutzung, in ein nahezu vollständig betoniertes Flußbett gezwungen.

Die SED spielt, getreu ihrer Politik der Verharmlosung, die dramatische Lage herunter. Erfolgsmeldungen sind zu lesen, daß nach dem Bau von Kläranlagen kurze Flußstrecken soweit gereinigt wurden, daß ihr Wasser wenigstens für die Landwirtschaft nutzbar ist. Versprechungen werden gemacht: Von 1986 an will man die Pleiße entgiften, so daß die Leipziger eines Tages wieder darin planschen können.

An der ökologischen Gesamtsituation ändert solches Flickwerk freilich wenig. Viele DDR-Bürger bleiben skeptisch: Ihnen hatte man schon in den siebziger Jahren versprochen, sie könnten bald wieder unbesorgt zum Bad in die Saale steigen.

Die Bundesrepublik hat als Abwasser-einleiter ihren Beitrag geleistet, der Oberlauf des Flusses und andere Grenzgewässer wurden halbwegs gereinigt. Kosten: 166 Millionen D-Mark. Doch an der Saale ohnehin nicht hellem Strande findet sich im anderen Deutschland auch heute noch kein einziger mutiger Schwimmer.

Zum Bade laden immer weniger Seen und Teiche, 9000 liegen schon seit Jahren im Sterben. Sie werden von der Industrie zur Kühlung benutzt und dadurch aufgeheizt, als Auffangbecken für Chemie-Abfälle mißbraucht und durch die immensen Düngergaben in der Land-

* In einem aus Braunkohle-Tagebau entstandenen See.

wirtschaft verseucht. Folge: Die Gewässer verkrauten.

Und sie füllen sich mit Schlamm. Die Havelseen um Berlin waren zur Jahrhundertwende 14,5 Meter tief, heute sind es nur noch neun Meter. Der Templiner See im Bezirk Neubrandenburg bringt es auf 52 Meter: Vier Meter Wasser, darunter 48 Meter Schlammschicht. Im Potsdamer Bezirk, mit 500 Seen gesegnet, sollen immerhin ein paar Dutzend jetzt saniert werden.

Ob mit Erfolg ist höchst zweifelhaft: Ausbaggern hilft nur vorübergehend, zudem gibt es nicht genug Maschinen. Auch chemische Entkrautung, seit den siebziger Jahren praktiziert, hilft nicht viel. So gibt es intensive Bemühungen um den von Funktionärs-Datschen gesäumten Arendsee in der Altmark, den letzten See der DDR, der noch das ganze Jahr über normalen Sauerstoffgehalt hat. Doch auch er droht umzukippen.

Selbst die 190 Talsperren und Speicherbecken, die zur Trinkwassergewinnung angelegt wurden, sind zum großen

Teil schon verseucht. Besonders jene Stauseen, in deren Umgebung intensive Landwirtschaft betrieben wird, machen den DDR-Wasserwirtschaftlern Sorgen: so die Saldenbachtalsperre, Hauptwasserreservoir von Karl-Marx-Stadt, oder die Weida-Talsperre, die den Bezirk Gera versorgt.

Im Frühjahr und im Sommer sind die Nitrat-Spitzen, verursacht durch Überdüngung der umliegenden Äcker und Weiden, gefürchtet: Dann weisen die Wasserproben weit mehr als den Grenzwert von 40 Milligramm je Liter aus. Im Landesdurchschnitt hat sich der Nitratgehalt des Talsperren-Wassers binnen zehn Jahren mehr als verdoppelt.

Nicht nur die Oberflächengewässer sind schwer belastet, auch das Grundwasser hat sein Gift schon weg.

Da der Braunkohleabbau derzeit gesteigert wird, müssen immer größere Flächen Grundwasser abgesenkt werden: Jährlich werden 1,9 Milliarden Kubikmeter Grubenwasser abgepumpt, das mit Phenolen, Sulfaten und Schwefelsäure kontaminiert ist. Stickstoff-Dünger,

die Undurchlässigkeit des Bodens nach der zunehmenden Versiegelung durch Straßen- und Städtebau sowie die Industrie setzen dem lebensnotwendigen Grundwasser gleichzeitig zu.

Eine landesweite Überwachung gibt es nicht. Bis vor kurzem hielten die Experten eine Verseuchung des Grundwassers überhaupt nicht für möglich, Forschung wurde erst gar nicht betrieben. „Hinzu kommt“, schreiben besorgte Wasserwirtschaftler, „daß globale Restriktionen gegenüber der Industrie- und Landwirt-

„Vielleicht ist das hier unser Georgswerder“

schaft insgesamt den Lebensstandard unserer Bevölkerung nicht unberührt lassen können.“

Sie sehen kaum eine Hoffnung auf Besserung: Oben stirbt der Wald, das Grundwasser unter der Erde ist auch nicht mehr zu retten, dazwischen sind Seen, Flüsse und Ackerkrume schon tot. Kommentar in der Sprache eines Dresdner Wissenschaftlers: „Das Auffinden des gesellschaftlichen Optimismus ist deshalb sehr komplex.“

Er stellt resigniert fest, daß die Verunreinigung des Grundwassers „heute und künftig nicht mehr eliminierbar“ sei. Da nicht jedes Reservoir rein zu halten sei, könne die DDR bestenfalls noch versuchen, die Belastung so weit wie technisch und ökonomisch „irgend möglich zu minimieren“. Er schätzt, daß mehr als 75 Prozent der „Grundwasserressourcen im Staatsgebiet“ verloren sind.

Örtlich begrenzte Reservoirs, die für die Trinkwasserversorgung unbrauchbar geworden sind, sollen in Zukunft gar planmäßig als Auffangbecken für Mülldeponien erhalten. So wird es vielerorts ohnehin schon gemacht: Umweltgifte sickern aus Halden und Abfallplätzen in den Boden.

Vor zehn Jahren hatten sich die DDR-Planner daran gemacht, mit den damals 10 000 wilden Müllkippen im Land aufzuräumen. Doch heute schütten Bürger und Betriebe ihren Abfall noch immer auf 5000 solcher unkontrollierten Müllhaufen. In der ganzen DDR gibt es nur knapp 100 sogenannte geordnete Deponien und 160 Anlagen, die hochtoxischen Sondermüll beseitigen.

Obwohl die Müllwerker diese magere Bilanz als Erfolg verkaufen, kommen ihnen selber Zweifel. Zwar sind Ablagerung und Erfassung von gefährlichem Unrat auf den Deponien genau geregelt. Doch die Sickerwässer werden nur hin und wieder per Stichprobe kontrolliert. Die Betriebe haben es leicht, ihre giftigen Stoffe billig beiseite zu schaffen: Sie werden mit Hausmüll „verdünnt“.

Die Abfallhalden in Zeitz, Pirna-Feistenberg und Meißen-Zscheila zum Beispiel, vermuten Dresdner Öko-Gruppen, seien alles andere als sicher. Aus der Deponie Döbeln im Bezirk Leipzig,



Chemiewerke Leuna: 70 Hektar Gift und Asche

einer der ältesten der DDR, sickern pro Hektar und Jahr 1,3 Tonnen wasserlösliche Schadstoffe in den Boden.

Vielorts werden, weil nicht genug Sondermüllanlagen den Dreck beseitigen, hochgiftige Abfälle auf normalen Deponien zwischengelagert – in Fässer abgefüllt und mit einfachem Maschendraht eingezäunt. Interne Gutachten räumen neuerdings ein, daß auch von den sogenannten geordneten Deponien Gefahr ausgeht. Die Experten: „Emissionen im weitesten Sinn“ müßten „einkalkuliert“ werden.

Noch unsicherer sind die riesigen Halde, von Volkseigenen Betrieben in eigener Regie angelegt. Schwermetalle, Arsen, Pestizide und chlorierte Kohlen-

wasserstoffe werden von dort nach und nach ins Grundwasser ausgespült.

Berüchtigt ist die Halde der Leuna-Werke: ein 50 Meter hoher Tafelberg aus aufgeschlammtem Industriedreck und Asche, der 70 Hektar Fläche bedeckt. Zwar dehnt sich die Halde nicht mehr weiter aus, seit der Betrieb seinen Aschebrei in das Tagebaurestloch Kayna leitet. Doch noch immer staubt das Monstrum Städte und Dörfer im Umkreis ein. Versuche, den Berg zu begrünen, schlugen meist fehl: Die Pflanzen gingen immer wieder ein.

Kein Wunder: Mitarbeiter des Betriebes wissen, daß da nicht nur Kraftwerksasche lagert. In der Fabrik, die unter anderem mit dem gefährlichen Pentachlorphenol (PCP) arbeitet, soll es schon Dioxin-Vergiftungen gegeben haben. Ein Leuna-Werker bissig: „Vielleicht ist das hier unser Georgswerder*.“

Belastung für die Umwelt sind auch immer mehr Hal-

den, auf denen Industrieabfälle nur zwischengelagert werden: Die rohstoffarme DDR will diesen Müll später einmal wiederverwerten. Jedes Jahr fallen 80 Millionen Tonnen von solchen rund 350 sogenannten Abprodukten an, 40 Prozent davon gehen zurück in die Produktion.

Die Industrie wurde in den vergangenen Jahren, durch immer schärfere Vorschriften, gezwungen, mit den Ressourcen sparsamer umzugehen. Die Ingenieure sollen „abproduktfreie Techniken“, also Methoden entwickeln, Abfallstoffe wiederzuverwerten. Die Bevölkerung wird mit ständig neuen Kampagnen aufgefordert, ihren Hausmüll zu sortieren und wertvolles Material bei den „Abgabestellen für Sekundärrohstoffe“ abzuliefern.

Küchenabfälle werden für die Schweinemast in sogenannten Specki-Tonnen gesammelt, vor den HO-Kaufhallen stehen besondere Container für Plaste, Glasabfälle gibt es ohnehin kaum, weil fast nur Pfandflaschen im Handel sind.



Altpapier-Sammler, „Specki“-Tonnen: Recycling nicht der Umwelt, sondern der Wirtschaft zuliebe

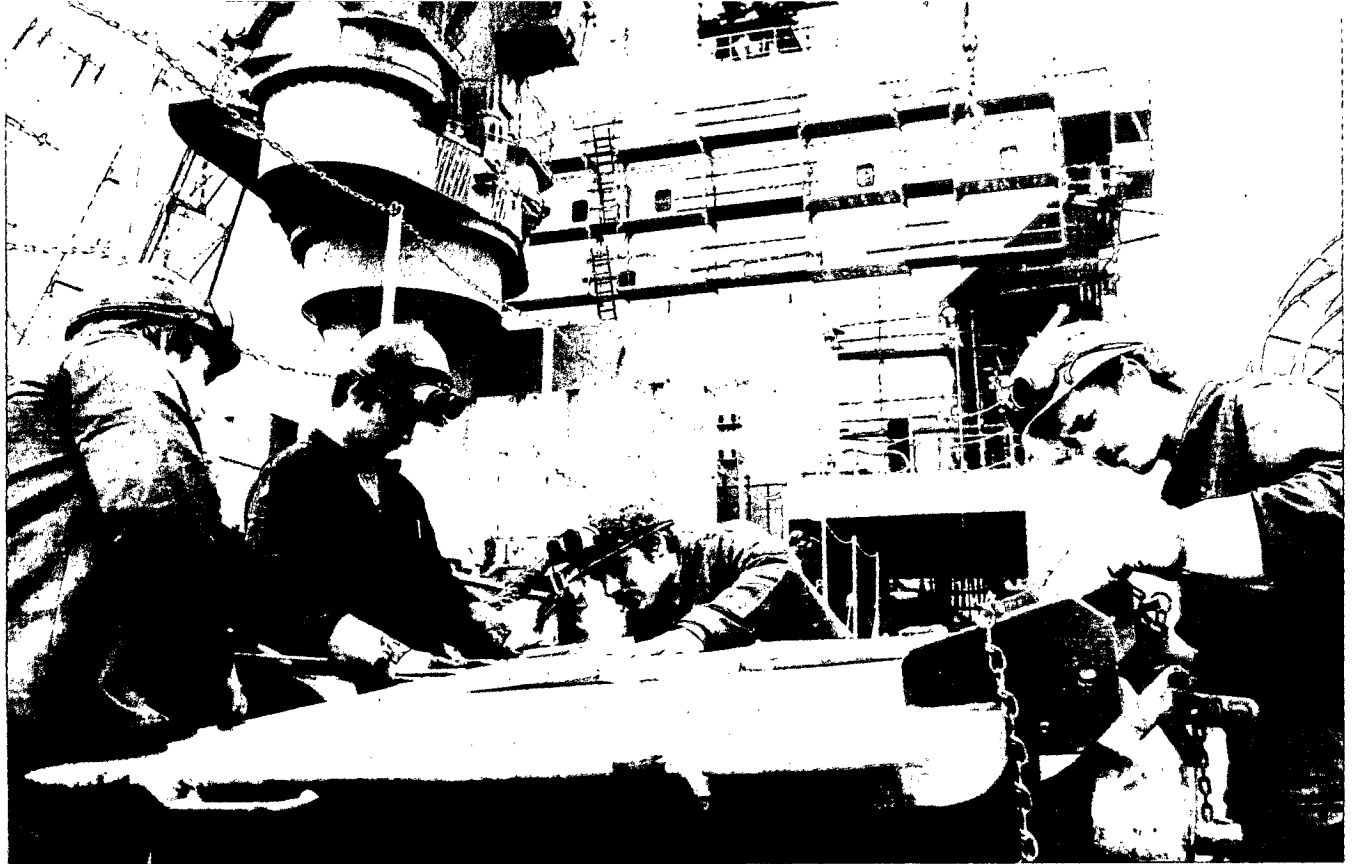


Container für Thermoplast-Abfälle: Ständig neue Kampagnen

In der Papierverwertung hat die DDR heute schon, verglichen mit den anderen europäischen Ländern, die Nase vorn: Die Hälfte der Produktion besteht aus Altpapier, das spart jährlich immerhin 6000 Hektar Wald.

Durch forciertes Recycling will die DDR dieses Jahr zwölf Prozent ihres gesamten Rohstoffbedarfs decken. Das Ziel wird nicht der Umwelt, sondern der Wirtschaft zuliebe propagiert: Die Ost-Deutschen können Förderung und Import von Primärrohstoffen bis 1990 nur um höchstens 50

* Auf der Müllkippe Georgswerder im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg, die seit 1980 stillgelegt ist, wurde 1983 das Sevesogift Dioxin gefunden.



Warnow-Werft in Warnemünde: Diagnose „B 33“ – jeder zehnte Arbeiter wird taub

Prozent steigern, die Warenproduktion soll aber vervierfacht werden. Die Hälfte des Rohstoffbedarfs muß durch bessere Materialökonomie und Wiederverwertung gedeckt werden.

Das kommt zwar auch der Umwelt zugute. Doch grüne Kritiker der SED argumentieren, damit könne die Öko-Krise nicht aufgehalten werden. Solange die Parteiführung vor allem ökonomisch denke, so lange werde es auch in der Gesellschaft kein Umdenken geben.

Wo Schafe nur als Wollproduktionsherden, Ackerbau als Pflanzenproduktion, Tierzucht als Fleischproduktion, Kühe als „rauhfuttermessende Großvieheinheiten“ (so das SED-Amtdes) betrachtet werden, klagen die Ost-Grünen, da sei der Schritt nicht mehr groß, den Menschen zum Menschenmaterial herabzuwürdigen. Schon heute lassen Betriebe wie Buna und Leuna per Computer selektieren, berichtet eine Umweltgruppe in Halle, welche Werkstätten auch an hochbelasteten Arbeitsplätzen reibungslos funktionieren.

Erst wenn die Produktivität sinkt, sind die Betriebe unter Umständen bereit, auch die Umwelt Arbeitsplatz menschlicher zu gestalten. Das gilt vor allem für den nach Luft- und Wasserverschmutzung hartnäckigsten Umweltfeind in der DDR: den Lärm. Bei nahezu der Hälfte aller anerkannten Berufskrankheiten lautet die Diagnose „B 33“ – berufsbedingter Hörverlust.

An mindestens 600 000 Arbeitsplätzen in Industrie und Landwirtschaft, so ergaben neuere Untersuchungen von DDR-Wissenschaftlern, ist der Lärm unerträglich.

Dort wurde ein dauernder Geräuschpegel von weit mehr als den gesetzlich zugelassenen 90 Dezibel (dB)* gemessen. Besonders schwer leiden die Werkstätten im Braunkohle- und Kalibergbau, in der Textilindustrie und der Metallverarbeitung.

Warnow-Werft in Warnemünde. Nanning K., 46, arbeitete dort seit seinem 24. Lebensjahr, zuerst als Schweißer, dann als Schiffbauer. Sein Gehör fand er immer „ganz in Ordnung“, dann verschlechterte es sich plötzlich von Tag zu Tag. Jetzt ist er fast taub und seit einem Jahr Frührentner. Sein Schicksal teilen dort knapp 600 Arbeiter. Zwar sind das lärmintensive Nieten, Keilen und Kesselschmieden nach der Einführung neuer

„Offene Fenster gehören zur sozialistischen Wohnkultur“

Techniken weggefallen. Doch an den Liegeplätzen, in der Reparatur- und Schiffbauhalle schwankt der Krach noch immer um 100 dB, bei Richt- oder Schneidarbeiten steigt er gar auf 130 dB. Jeder zehnte Arbeiter, so die Prognose, wird eines Tages sein Gehör verlieren.

Der Schaden schreitet erst einmal unmerklich, weil schmerzlos voran. Das Gehör geht zunächst nur durch die Einwirkung bestimmter Frequenzen verloren, Alltagsgespräche sind auch mit einem so geschädigten Ohr noch lange gut zu verstehen. Erst das „chronisch

* 90 Dezibel entsprechen etwa dem Lärm eines Preßlufthammers in sieben Meter Entfernung.

akustische Trauma“ führt zu unheilbaren Verletzungen im Innenohr, zwischen Beginn und Endstadium des Leidens können 20 bis 40 Jahre liegen.

Die Krankheit kann über das vegetative Nervensystem den ganzen Körper schädigen: Störungen im Magen-Darm-Trakt, Nervosität, Schlaflosigkeit und Kopfschmerzen sind nur erste unmittelbare Folgen. Daß die Herz-Kreislauf-Krankheiten in der DDR zunehmen, führen Dresdner Mediziner auch auf Umweltstreß durch Lärm zurück.

Der setzt sich nach Feierabend ja in der Freizeit fort: Eine soziologische Befragung in Ost-Berlin ergab, daß sich mehr als 75 Prozent der Bevölkerung durch Bau- und Verkehrslärm belästigt fühlen. In Dresden zeigten 100 Meßpunkte im Stadtgebiet, daß fast überall die Grenzwerte von 60 dB tags und 50 dB nachts weit überschritten werden.

Ob Gotha, Rostock, Magdeburg, Halle oder Erfurt – überall, wo Lärmschutzkommissionen Bestandsaufnahme machten, wurden hohe Belastungen für die Bevölkerung gemessen. Kommentar eines Experten: „Durch die steigende Wohn- und Verkehrsdichte hat die Lärmbelastung an vielen Stellen bedrohliche, zum Teil schon unerträgliche Ausmaße angenommen. Es wäre unklug, anzunehmen, daß der Höhepunkt dieser Entwicklung schon erreicht ist.“

Vertreter aus Hans Reichelts Umweltministerium räumen ein, daß „trotz vorbildlicher Gesetzgebung . . . die getroffenen Maßnahmen noch nicht die erforderliche Wirksamkeit erreicht haben“. Welche Folgen das in der Ökonomie hat,

rechneten DDR-Wissenschaftler für ihre Staatsführung aus.

Bei Anerkennung der Berufskrankheit „B 33“ zahlt die Sozialversicherung eine Teilrente, je nach Schädigungsgrad. 1976 wurden dafür 38 Millionen Mark ausgegeben, 1980 waren es 50 Millionen Mark, 1985 dürften es 80 Millionen Mark sein. Dazu kommen noch 160 Millionen Mark Verluste durch Produktionsausfälle, weil lärmgeschädigte Arbeiter häufiger und länger krank sind.

Wirksamer Lärmschutz müßte an der Quelle der Emission ansetzen. Leisere Verkehrsmittel und Maschinen, neue Schalldichtungen in den Fertighochhäusern und andere Straßenbeläge wären nötig. Doch Experten, die in die Zukunft sehen, verfallen zuweilen auf makabre Ideen: Nicht der Lärm soll gemildert werden, die Menschen müssen ihr Leben neu gestalten.

Nach niederschmetternden Ergebnissen von Lärmmessungen in Erfurt schlug eine Planungsgruppe allen Ernstes eine „radikale Änderung der Wohnkultur“ vor: In den Häusern sollten schallgeschützte Nachtbereiche geschaffen werden – zugemauert, künstlich beleuchtet und belüftet. So ausgestattete Wohngebiete könnten zudem unter der Erdoberfläche gebaut werden.

Lediglich einigen Planer-Kollegen ging das zu weit: Sie protestierten, zur „sozialistischen Wohnkultur“ gehörten „selbstverständlich auch geöffnete Schlafzimmerfenster“. Doch unterirdische Wohnmonster in den ausgekohlten Tagebauen rund um Leipzig sind offenbar für jene Realsozialisten keine Schreckensvision, die fanatisch am SED-Kurs des forcierten Wachstums um jeden Preis festhalten: Wirtschaft gut, Mensch kaputt.

Wer das öffentlich diskutieren oder gar kritisieren will, gerät bald mit dem Staatsapparat aneinander. Umweltdiskussionen etwa an den Schulen, so eine Direktive der Partei vom Februar 1985, seien zu unterbinden.

Die Ost-Berliner Lehrerzeitung „Pädagogik“ schrieb folgsam, es gebe „keinerlei Anlaß für unsere Schule, Nachhol- oder Defizitdiskussionen zu entfachen“. Lediglich die Überlegenheit des Sozialismus auf dem Gebiet des Umweltschutzes dürfe angesprochen, unter keinen Umständen die Wirtschaftspolitik der Einheitspartei in der Republik in Frage gestellt werden.

Die Bejahung des Wachstums, so das Blatt weiter, gehöre zu einer sozialistischen Schülerpersönlichkeit ebenso wie ein „aktives Verhältnis zur wissenschaft-

lich-technischen Revolution“. Von alternativen Lebensauffassungen habe man sich „gründlich zu unterscheiden“, Verzicht auf den in der DDR praktizierten Fortschritt sei „antihuman und reaktionär“.

Gegen derartig verkrustetes Denken kommen die Öko-Gruppen in der DDR schwer an. Seit sechs Jahren arbeiten sie, meist unter dem Schutz der Protestanten, daran, die vom Staat zurückgehaltenen Umweltdaten erst zu beschaffen und dann, auf Seminaren und Kirchentagen, Diskussionsabenden und Mini-Demonstrationen, zu verbreiten. Sie sind dabei auf sich gestellt, nur auf unterer Ebene gibt es öfter mal Kooperation mit der

Tausende von Ökopaxen aus dem Westen, ein paar grüne Abgeordnete aufgenommen, hält sich die SED daher durch Einreisesperre vom Leib. Die Parteifunktionäre wissen genau, daß die Öko-Kämpfer von „Greenpeace“ und „Robin Wood“ bei jungen Leuten sehr viel mehr Anhänger haben als SED-Initiativen wie „Schöner unsere Städte und Gemeinden“ oder „Sauberer Wald“.

Mancherorts in der DDR wird sogar laut über eine eigenständige Organisation der grün Engagierten nachgedacht. Neidvoll blicken Umweltschützer nach Polen und Ungarn. Im östlichen Nachbarland erreichte der „Ökologische Club“, eine der verbotenen Gewerkschaft „Solidarność“ nahestehende Organisation, die Stilllegung umweltvergiftender Fabriken. Und in Ungarn stoppten Umweltinitiativen einstweilen das Mammutprojekt der Donaukraftwerke.

Doch es gibt für die Öko-Gruppen in der DDR auch Zeichen der Hoffnung. Die Kirchenleitungen machen sich neuerdings für eine „Koalition der Vernunft“ stark: Auch sie wollen versuchen, das staatliche Informationsmonopol in der Umweltpolitik zu durchbrechen. Sie verlangen, so die sächsische Landeskirche, „sachkundigere und mehr Informationen“, damit „aus Betroffenheit und Beunruhigung verantwortliche Mitarbeit“ wird. Man müsse vom Reden zum Tun kommen und zum Beispiel Öko-Wochen veranstalten – nach dem Vorbild der erfolgreichen Friedensdekaden.

Auch Künstler, Literaten, Filmemacher greifen allmählich das Thema auf. So nutzte der sorbisch-stämmige DDR-Autor Jurij Koch eine Vorstandssitzung des Schriftstellerverbandes zum Thema „Literatur und Heimat“ dazu,

über die Folgen der „technischen Zivilisation“ zu klagen. Er fragte „nach dem Verhältnis von materiellem Gewinn und geistig-moralischem Verlust“. Wie schon anderswo zeige sich nun in der DDR, daß materieller Wohlstand zu ethischer Armut führen könne.

Die Schönheit seiner Lausitzer Heimat ist dahin, zerstört durch Braunkohleabbau, Waldsterben und Wasserverschmutzung. Um kurzfristiger materieller Vorteile willen habe der Doktor Faustus, so Kochs Vergleich mit der alten Legende, dem Teufel seine Seele verschrieben. Es müsse gelingen, „die Seele der Landschaft zu retten“. Koch: „Sonst sind wir selbst nicht mehr zu retten.“

Ende



DDR-Umweltkarikatur*: „Große Landschaft mit Kippe“

staatlichen „Gesellschaft für Natur und Umwelt“.

Leitende Kirchenmänner hören gelegentlich von Parteigenossen sogar lobende Worte über das Öko-Engagement der Christen. Die Umweltgruppen erscheinen der Partei halbwegs kontrollier- und tolerierbar, solange sie nur innerhalb der Kirchen bleiben. Doch zugleich fehlt es nicht an warnenden Hinweisen, Ermahnungen und Drohungen: Viele SED-Funktionäre fürchten derzeit nichts mehr als einen Aufbruch der engagierten Alternativen gegen die etablierte Politik im eigenen Land – nach Vorbild der westlichen Grünen.

* Aus dem Ost-Berliner Satireblatt „Eulenspiegel“.